

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

6.3.1929 (No. 55)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 983
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenabatt gilt und vorzeitig werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besondert. Bei Klagerückmeldung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konfiskationsverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Genfer Ratstagung

Strefemann über die Minderheitenfrage

W.Z. Genf, 6. März (Tel.) In der heutigen Sitzung des Völkerbundesrates hielt Reichsminister Dr. Strefemann die mit großer Spannung erwartete Rede über die Minderheitenfrage. Das starke Interesse und die große Spannung für die heute am Ratstagung beginnende grundsätzliche Aussprache über das Minderheitenproblem auf Grund des deutschen und des kanadischen Antrages hat einen auffallend starken Andrang von Publikum und Presse gezeigt.

Der deutsche Außenminister ging einleitend auf die Entwicklung der Minderheitenfrage in den letzten Jahren ein. Er präziserte den deutschen Standpunkt und betonte, wenn es sich bei den Minderheitenbestimmungen um eine Art Übergangsregime handeln sollte, das den Zweck habe, die Minderheiten in die Mehrheiten ihrer Staaten aufgehen zu lassen, so müsse er dem auf das Bestimmteste widersprechen. Nach längeren Ausführungen, in denen der Minister besonders das Verfahren bei Minderheitenbeschwerden behandelte, stellte er dem Rate folgende Vorschläge dringend zur Erwägung:

1. Eine Besserung des normalen Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitenbeschwerden,
2. in Aussicht zu nehmen, daß die bisher gelübte Ausschaltung der beteiligten Nationen bei Minderheitenbeschwerden durch ihre Finanzziehung ersetzt wird,
3. zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiefunktion außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat.

Dr. Strefemann schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der kulturelle Friede der Völker untereinander stärker als Paragraphen für den Frieden wirken.

Die für Dienstag nachmittag angesetzte Sitzung des Völkerbundesrates zur Erörterung des Minderheitenproblems auf Grund des kanadischen und des deutschen Antrages, war auf heute, Mittwoch, verlagert worden. Der Grund der Abgabe war lediglich darin zu suchen, daß die Vorprüfung des Juristenkomitees zu dem kanadischen Antrag auf sofortige Zuguehung zu der grundsätzlichen Aussprache über das Minderheitenproblem formell noch nicht abgeschlossen war. Schließlich hat das Juristenkomitee den litauischen Anspruch auf sofortige Zuguehung zunächst zurückgewiesen. Das Hauptinteresse bei der bevorstehenden Debatte, die sich über mehrere Sitzungen erstrecken dürfte, konzentriert sich auf die Verfahrensfrage. Gegenüber dem Strömungen, die die Aussprache schon in dieser Tagung in endgültiger Form abzuschließen, wird in den Kreisen der deutschen Delegation eine Erklärung Chamberlains unterstrichen, wonach in der gegenwärtigen Tagung eine Lösung noch nicht gefunden werden könne und wahrscheinlich ein Studienkomitee mit der Weiterprüfung und Klärung des Problems beauftragt werden müsse.

Die kanadischen Vorschläge haben eine Ergänzung erfahren, vor allem in bezug auf die Behandlung des Dringlichkeitsverfahrens für außerordentliche Fälle, in denen die Beschwerdeführenden ihre Klagen nicht nur ihrer Regierung, sondern sofort auch dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Duplikat unterbreiten können. U. a. wird bestimmt, daß Minderheitenpetitionen nicht nur vom Inlande aus, sondern auch vom Auslande her an die betreffenden Regierung gerichtet werden können.

Dr. Strefemanns Unterredung mit Briand

Strefemann hatte am Dienstag in Genf eine einstündige Unterredung mit Briand. In den Kreisen der deutschen Delegation teilt man, wie aus Genf gemeldet wird, eine von Chamberlain geäußerte Auffassung, daß die Rheinlandfrage beim gegenwärtigen Stand der Pariser Verhandlungen für eine Fortsetzung der Besprechungen noch nicht reif ist.

Internationale Kommunistenkonferenz in Basel. Für die nächste Zeit war ein großes kommunistisches Treffen mit internationaler Beteiligung im Tessin geplant worden. Angesichts der von den schweizerischen Bundesbehörden ergangenen Maßnahmen sollen die Veranstalter dieses Treffens im Tessin abgefragt und dafür ein solches für Basel angesetzt haben. Auch hier soll der internationale Charakter gewahrt bleiben. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Regelung älterer staatlicher Renten. Der Reichsrat hat am Dienstag u. a. auch einen Gesetzentwurf zur Regelung älterer staatlicher Renten angenommen. Die Renten der sogenannten Landesrenten werden im einzelnen aufgeführt; sie werden normal in Höhe von 8 Prozent aufgewertet, bei Abfindung für Aufgabe von Grundbesitz auf 25 Prozent. Bei Renten über 10 000 M soll ein Senat des Reichsgerichts und bei Renten darunter das zuständige Oberlandesgericht entscheiden. Das Gesetz wurde gegen die Stimme Bayerns angenommen.

Der Bauvertrag für den neuen Völkerbundpalast in Genf, bestehend aus dem Versammlungsgebäude, dem Völkerbundessekretariat und der Völkerbundsbibliothek, wurde vom Generalsekretär unterzeichnet. Die fünf Architekten, die den Bauauftrag erhalten haben, sind Renot, Frankreich, Hogenheimer, Schweiz, Broggi, Italien, Lefevre, Frankreich, und Bago, Ungarn. Der Einheitsplan soll noch in diesem Monat dem von der Völkerbundsversammlung eingesetzten Fünferausschuß zur Genehmigung unterbreitet werden. Die feierliche Grundsteinlegung dürfte während der Völkerbundsversammlung im nächsten September erfolgen.

Letzte Nachrichten

Die Reichsfinanzen

Der Notetat im Reichsrat

W.Z. Berlin, 6. März (Tel.) Da nunmehr feststeht, daß der Reichstag den gestern vom Reichsrat verabschiedeten Reichshaushalt für 1929 nicht mehr bis zum Beginn des neuen Etatsjahres zu Ende beraten kann, so hat der Reichsfinanzminister nunmehr dem Reichsrat einen sog. Notetat vorgelegt, bis zur Verabschiedung des endgültigen Haushaltes die notwendigen Ausgaben im Rahmen des vorjährigen Etats zu halten. Die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates werden sich bereits am Freitag mit dem Notetat beschäftigen, der dann in der nächsten Woche vom Plenum des Reichsrates verabschiedet werden und dem Reichstag vorgelegt werden kann.

Das Schicksal des vorläufigen Finanzausgleiches
W.Z. Berlin, 6. März (Tel.) Zugleich mit dem Reichshaushaltsplan für 1929 und den dazugehörigen Steuervorlagen war dem Reichsrat auch ein Gesetzentwurf zur weiteren vorläufigen Regelung des Finanzausgleiches vorgelegt worden. Dieser Entwurf stand am Dienstag mit auf der Tagesordnung des Reichsrates. Er ist jedoch noch einmal zurückgestellt worden, da sich die Reichsratsausschüsse noch nicht über seine endgültige Formulierung einig geworden waren. Auch über den Antrag der Freien Stadt Hamburg, die Gemeindegetränkesteuer wieder einzuführen, ist also noch keine Entscheidung im Reichsrat gefallen.

Die Revolution in Mexiko

Ein Sechstel der Armee meutert.

W.Z. New York, 6. März (Tel.) Nach den letzten Meldungen ist der Staat Chihuahua zu den Aufständischen übergegangen. „Herald and Tribune“ erzählt, daß in Monterrey eine Art Waffenstillstand zwischen den Anhängern der Regierung und den Aufständischen herrsche. Jene halten das Gefängnis, diese den Stadtplatz besetzt.

Nach einer Meldung aus der Stadt Mexiko unterstützt etwa ein Sechstel der Armee, 10 000 Mann von 60 000, den Aufstand. Bei den meisten Gefechten kommen nur einige Hundert Mann, höchstens einige Tausend, in Frage. Der mexikanische Botschafter in Washington erklärte: Der Marsch Obregons im Jahre 1920 gegen die Hauptstadt dauerte einhalb Jahre, die Gefahr eines baldigen Angriffes auf Mexiko City ist daher nicht allzu groß.

Aus Mexiko wird gemeldet, die Stadt San Louis im Staate Sonora sei von den Regierungstruppen ohne Blutvergießen eingenommen worden.

Amerika und die Revolution in Mexiko

W.Z. London, 6. März (Tel.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel zum mexikanischen Aufstand: Es ist bezeichnend, daß Präsident Hoover zu verstehen gegeben hat, das Verbot, Waffen nach Mexiko auszuführen, bleibe in Kraft. Dies bedeutet, daß die amerikanischen, abgesehen von geschmuggelten, keine Waffen von den Vereinigten Staaten erhalten werden, während die mexikanische Regierung in der Lage sein wird, allen Kriegsbedarf zu erhalten, den sie braucht, um den Aufstand zu unterdrücken. Amerikanische Bankiers sind ebenfalls bereit, jede finanzielle Unterstützung zu gewähren, die zu dem gleichen Zweck notwendig sein könnte. Fortes Gil und sein Kriegsminister Calles können daher zuversichtlich sein.

Feldmarschall Robertson warnt vor dem Rüstungswettbewerb

W.Z. London, 6. März (Tel.) Feldmarschall Sir William Robertson äußerte gestern abend in einer Rede eine ernste Warnung gegen den zunehmenden Rüstungswettbewerb und die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Er sagte: Obwohl der Krieg von allen Nationen jetzt mehr oder weniger verurteilt wird, gehen die Vorbereitungen für den Krieg in der früheren Weise voran. Frankreich und Italien haben ungefähre ebenbürtigen Mann unter den Waffen wie 1914. Deutschland beschwert sich dauernd über das, was es seine wechsellagige Stellung nennt, und die militärischen Beschränkungen, die Deutschland in Versailles auferlegt wurden, können nicht mehr lange aufrechterhalten werden. Andere mitteleuropäische Nationen sind stark bewaffnet und bereit, sich gegenseitig an die Kette zu springen. Amerika hat den Kellogg-Pakt angenommen. Dies hat jedoch nicht gehindert, daß es 14 weitere Kreuzer bauen wird.

Der Papst an die deutsche Zentrumspartei. Papst Pius XI. hat durch ein längeres Telegramm des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Prälaten Kaas der deutschen Zentrumspartei für ihre Gläubigensinn zum Friedensschluß zwischen Kirche und Staat herzlich gedankt und insbesondere die Verdienste der deutschen Zentrumspartei durch ihr Eintreten für die Rechte des Heil. Stuhles anerkannt und den katholischen Mitgliedern der Partei seinen Segen erteilt.

Zur Kritik am Reichsetat

Zum Thema Finanzpolitik und Subventionen haben wir in diesen Tagen aus einer Artikelserie des Karlsruher „Volkstreu“ das Wesentliche wiedergegeben. Mit dem gleichen Thema und der Ausgabenkontrolle beschäftigte sich dieser Tage die „Frankf. Ztg.“. In einem Artikel wird ausgeführt:

Die Sparfahigkeit bei der öffentlichen Haushaltsführung muß, wenn ein nachhaltiger Erfolg erzielt werden soll, nicht nur die Bemessung der Ausgabenhöhe im Etat bestimmen, sondern auch die Bedingungen, unter denen die damit bedachten Vorkosten von den Ausgabermächtigungen Gebrauch machen dürfen. Es genügt nicht, opulenten Bewilligungen einen Nadel vorzuschleichen, es muß auch dafür gesorgt werden, daß von der sparsam bemessenen Bewilligung kein Pfennig ausgegeben werde, der nicht durch den Bewilligungszweck gedeckt und zugleich rationell verwendet wird. Durch die Novelle zur Haushaltsordnung versucht die Regierung den Wünschen des Reichstags nach schärferer Begrenzung der Ausgabemöglichkeiten der Behörden und strengerer Kontrolle der gesamten Finanzwirtschaft des Reiches entgegenzukommen. Daß auf diesem Felde noch vieles zu bessern ist, beweist auch ein Blick in den neuen Haushaltsplan für 1929, der eine Erhöhung des Etatbildes durch Ausnahmestellen darstellt.

In den vorausgegangenen Jahren nahm die öffentliche Kritik vor allem daran Anstoß, daß im Reichsetat von den Ausnahmestellen der Haushaltsordnung in einem Umfang Gebrauch gemacht wurde, der sachlich nicht zu rechtfertigen war und die Gefahr unrationeller Geldausgabe und geheimer Fondsbildung notwendig in sich schloß. Es handelte sich dabei zunächst um die Klausel der Übertragbarkeit, die ermöglicht, daß unverwendet gebliebene Reste von einem auf das andere Jahr weitergeschoben werden, ferner um die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Bewilligungen, die die Überschreitung einer Bewilligung durch Inanspruchnahme der anderen gestattet, sodann um die Abweichung vom Bruttoprinzip, die durch die Klausel „Einnahmen fließen den Mitteln zu“ die Klarheit des Etatbildes trübt und bestimmte Einnahmequellen von der parlamentarischen Bewilligung unabhängig macht, schließlich um die Einrichtung der sogenannten Selbstbewirtschaftungsfonds, wobei der beherrschende Dienststelle die Mittel einfach im ganzen überwiesen werden, ohne daß sie für die Verwendung im einzelnen regelmäßig Rechenschaft abzulegen braucht. Es ist bekannt, daß alle diese Ausnahmestellen vor allem im Reichsetat eine Rolle spielen.

Der Etat für 1929 läßt nicht erkennen, daß gegenüber früheren Jahren hier eine Einschränkung erfolgt wäre, im Gegenteil, es ist verschiedentlich sogar eine weitere Verschlimmerung festzustellen, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

	1929	1928
Übertragbare Ausgaben	877,7	1116,6
davon fortdauernde	504,8	379,4
darunter Reichsheer	143,3	135,8
darunter Marine	48,1	46,6
Deckungsfähige Ausgaben	348,8	343,0
darunter Reichsheer	33,0	42,6
darunter Marine	68,0	57,8
Abweichung vom Bruttoprinzip	567,9	522,8
darunter Reichsheer	121,6	149,0
darunter Marine	88,2	
Selbstbewirtschaftungsfonds (nur im Reichsetat)	44,2	45,2
Reichsheer	43,1	
Marine	1,1	45,2

Bei den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts machen die übertragbaren Bewilligungen im Jahre 1929 5,2 Proz. der gesamten Bewilligungen aus. Da alle einmaligen und alle außerordentlichen Ausgaben ohnehin von Hause aus übertragbar sind, streift auch in diesem Jahre die Gesamtsumme der übertragbaren Fonds an die Milliarde nahe heran. Bei der Reichsheer, deren Gesamtetat 703,9 Millionen Reichsmark beträgt, machen die übertragbaren Ausgaben (einmalige und fortdauernde) nicht weniger als 250,2 Millionen oder rund 40 Proz. aus. Der Abstand wird, wie man weiß, noch verschlimmert, wenn mehrere Ausnahmestellen bei den gleichen Bewilligungen zusammentreffen. Auch hier schlägt der Reichsheer jeden Rekord. So sind an einer Stelle sechs Posten mit zusammen 26,5 Millionen zugleich zur Selbstbewirtschaftung überwiesen und alle gegenseitig als deckungsfähig erklärt. An einer anderen Stelle findet sich die gleiche Vervielfachung für acht Posten mit zusammen 6,5 Millionen. Häufig genug findet sich auch die Verbindung der Übertragbarkeitsklausel mit der Deckungsfähigkeit; in anderen Fällen trifft die Abweichung vom Bruttoprinzip mit einer anderen Ausnahmestelle zusammen. Auch außerhalb des Reichsheerretats wird beträchtlich geschäftigt, so zum Beispiel, wenn im Kriegslastetat die beiden (gegenüber den früheren Jahren allerdings beträchtlich verminderten) sogenannten Sammelfonds von 2,5 und 2,7 Millionen als gegenseitig deckungsfähig erklärt oder wenn der ebenso berühmte Fonds zur Abwicklung des Krieges und der Demobilisierung für übertragbar erklärt und gleichzeitig bestimmt wird, daß bei diesen Fonds die Einnahmen den Mitteln zuzufleßen. Die Verbindung der Deckungsfähigkeit mit der Übertragbarkeitsklausel soll nach der Novelle zur Haushaltsordnung vom nächsten Etatjahr an verboten sein. Das ist immerhin ein Fortschritt; aber es wäre keine allzu schwere Aufgabe für den Reichstag, schon in dem Etat für 1929 eine Reihe solcher Ausnahmestellen zu streichen und so das Etatbild zu vereinfachen und die Kontrolle zu erleichtern.

Wie notwendig eine strenge Kontrolle der Haushaltsführung ist, zeigt auch die unheimliche Höhe, zu der die vom Reiche gegebenen Kredite und Garantien angewachsen sind. Allein die Summe der direkten, durch den Etat bewilligten Kredite hatte am 1. Juli 1928 die Höhe von 1158 Millionen Reichsmark er-

reicht. Nach einer Zusammenstellung, die dem finanziellen Überblick über den neuen Haushaltsplan beigegeben ist, verteilen sich diese Kredite auf folgende Gruppen:

1. Kredite:	Betrag in Mill. Reichsmark	Spätester Rückzahlungstermin
Landwirtschaft (Förderung der Fischerei, Wingerkredite, Meliorationen, landwirtschaftliches Notprogramm)	107	1941
Industrie, Handel und Gewerbe (Rheinmetall, Nöckling, Oberschlesische Zünderwerke, Ostpreußenkredit)	58	1958
Schiffahrt (Binnenschiffahrt und Werften)	49	1947
Luftschiffahrt (Kredite an Flugzeugwerke usw.)	9	—
Milderung der Arbeitslosigkeit (werbschaftliche Arbeitslosenfürsorge, Darlehen an die Reichsbahn usw.)	330	1978
Wohnungsfürsorge und Siedlung (Förderung des Kleinwohnungsbaus (187 Mill.), landwirtschaftliche Siedlung, Flüchtlingswohnungen usw.)	873	—
Defektes Gebiet (für Bauten und Behebung von Notständen)	71	—
Sonstiges (darunter 147,5 Mill. Darlehen aus Entschädigungsfonds, die nach dem Kriegsschadenschlussgebot verrechnet werden)	151	—

Im ganzen sind 605 Millionen aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts gegeben worden. Der größte Teil davon besteht aus langfristigen Tilgungsdarlehen. Aus dem ordentlichen Haushalt kommen nach Abhebung der zu verrechnenden Entschädigungsdarlehen etwa 402 Millionen in Betracht, aus denen an Zins- und Tilgungsbeträgen jährlich etwa 40 Millionen erwartet werden; ein entsprechender Betrag ist bei den verschiedenen Ressorts im Etat für 1929 eingeplant.

Zu den Staatskrediten kommen dann noch die sogenannten **Kassenkredite**, die der Finanzminister jeweils aus den bereiten Kassenschatzungen des Reiches gegeben hat. Der größte Posten ist der **Düngemittelkredit**, der über die Preußenkasse an die Landwirtschaft geflossen ist und demnach wohl zur Hälfte in eine Reichsbeteiligung bei der Preußenkasse umgewandelt wird, während die andere Hälfte noch einige Jahre stehen bleibt; diese Hälfte müßte dann allerdings, ebenso wie die Reichsbeteiligung, durch eine besondere Gesetzesvorlage nachträglich etabliert werden. Ähnliches gilt für die namhaften **Kassenkredite**, die das Land Hessen zur Behebung seiner finanziellen Notlage erhalten hat. Auch die zum Ankauf von Reichsanleihen zum Zwecke der Kursstützung ausgegebenen Beträge stellen indirekte Kassenkredite dar, soweit sie die alljährlich im Etat zur Kursstützung bewilligten Summen überschreiten.

Ungefähr ebenso hoch wie die Summe der Staatskredite ist die der vom Haushaltsausschuß des Reichstags bewilligten **Garantien**, nämlich 1189 Millionen Reichsmark. Diese Garantien verteilen sich auf folgende Gruppen:

2. Garantien	In Mill. Reichsmark
Landwirtschaft (Landkraftmaschinen, Flachwirtschaft, Düngemittelkredite, Viehverwertungsgesellschaften usw.)	115
Handel und Gewerbe (Kassenkredite, Exportkreditversicherung usw., Vulkan, Schichau, Mannesmann, Weichener Werke, Oberschlesische Bergbau-A.G.)	300,5
Schiffahrt (Ostpreußenwerft, Redar-A.G., Rhein-Wain-Donau-A.G., Kant-Dampfer)	68,5
Wohnungs- und Siedlungswesen (Kleinwohnungen für Reichsbedienstete u. Kriegsschadigte, Flüchtlingsansiedlung, Kleinwohnungsbau)	295
Defektes Gebiet (Heilbäder usw.)	8
Deutsche Beamten-genossenschaftsbank	2,1

In diesen Beträgen tritt dann noch die **Dividendengarantie** von 7 Proz. auf 400 Millionen Reichsmark. Vorzugsaktien der Reichsbahn, die in der offiziellen Zusammenstellung mit 400 Millionen Reichsmark angeführt, aber nach Lage der Dinge wohl nur nominell ist. Auch die Bürgschaft für Flüchtlings-siedlungen in Höhe von 70 Millionen ist noch nicht in Anspruch genommen, ferner von den Bürgschaften für Klein-wohnungs-bau bisher nur ein Betrag von 45 Millionen von den insgesamt bewilligten 200 Millionen. Von den landwirt-schaftlichen Düngemittelkrediten sind 30 Millionen bereits ab-gedeckt. Bieht man die Dividendengarantie für die Reichs-bahnvorzugsaktien, die noch nicht endgültig übernommen, und die abgemeldeten Bürgschaften von der Gesamtsumme ab, so bleibt ein Betrag von 513 Millionen übrig. Wie groß das darin stehende Risiko tatsächlich ist, ist schwer zu beurteilen. Aus den Düngemittelkrediten ist das Reich bisher mit 50 000 Reichsmark in Anspruch gekommen worden, aus den Export-krediten mit 15 000 RM, aus der Bürgschaft an die Beamten-genossenschaftsbank mit 1,1 Millionen Reichsmark. Dagegen hat die Bürgschaft für die **Vulkanwerke** das Reich mindestens 4,8 Millionen gekostet, wenn nicht mehr; bei dem **Schichau-kredit** wird es nicht billiger davontommen, aus dem **Mannes-mannkredit** ist es mit 9,3 aus den **Wingerkrediten** in der vollen Höhe von 30 Millionen in Anspruch genommen worden. Die amtliche Darstellung gibt ohne weiteres zu, daß sich als am risikoreichsten die **Garantien für Kredite an einzelne In-dustrieunternehmen** erwiesen haben, also die sogenannten **Subventionskredite**.

Dieses peinliche Ergebnis der Subventionsbürgschaften und -kredite bestätigt natürlich vollkommen die immer wieder an solchen Aktionen geübte Kritik und rechtfertigt erneut die Forderung, daß der Reichstag keinen Kredit und keiner Garantie mehr zustimme, die nicht in einer ordentlichen Ge-setzesvorlage an ihn gebracht wird. Kredite und Bürgschaften für einzelne Unternehmen sollten überhaupt in Zukunft weder von der Regierung angefordert noch vom Reichstag be-willigt werden.

Große Landwirtschaftliche Wanderausstellung München

Die Stadt München besitzt in der Theresienwiese wohl das schönste und zweckmäßigste Ausstellungsgelände in ganz Europa. Inmitten der Landeshauptstadt gelegen, überragt vom ehernen Standbild der Bavaria, bietet sich hier eine große freie Aus-stellungsfäche, die in jeder Hinsicht die besten Verkehrsbedin-gungen aufweist. Die Ausstellung (4. bis 9. Juni) wird eine Fläche von insgesamt 40 Hektar einnehmen. Dieses große Ge-lände ist nach dem Stand der Anmeldungen von Ende Februar bereits vollkommen belegt. Der Haupteingang liegt an der Nordspitze des Platzes. Der Fußweg vom Südbau des Haupt-bahnhofs beansprucht nicht mehr als 10 Minuten. Im übrigen ist die Verwaltung der Münchener Straßenbahn in der Lage, den zeitweise erwarteten Zustrom von 80 000 bis 100 000 Be-suchern glatt zu bewältigen und wieder in die Stadt zurück-zuführen. Der **Wohnungsnachweis** liegt in der Hand der Kongreß- und Verkehrsstelle München (Hauptbahnhof, Südbau), Fernsprecher 58493; Druckschrift: Kongreßverkehr München. Bei dem zu erwartenden Massenbesuch empfiehlt es sich, schon jetzt eine Wohnung zu bestellen.

Der Etat vor dem Reichsrat

Annahme des Haushalts und der Steuervorlagen

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstagmittag in einer Vollversammlung mit dem Reichshaushalt für 1929. Der preußische Ministerialdirektor Dr. Bredt erstattete den Bericht der Ausschüsse. Er führte u. a. aus:

Die **Kassensituation** ist zur Zeit die dringendste Sorge. Wir sind jetzt tatsächlich so weit, daß über die zulässigen Betriebs-kredite hinaus die gesamten offenen Anleiheremittierungen im Wege kurzfristigen Kredits voll flüssig gemacht werden müs-sen. Die Ausschüsse haben eine etwa mögliche Mithilfe von Länderseite angeboten und empfohlen, jede verschiebbare Aus-gabe über den 1. April zu verschieben. Als Entlastung für 1929 ist eine innere Anleihe im Werte von 164 Millionen bei den Trägern der Invalidenversicherung vorgesehen. Im Reichsrat hat sich jedoch eine entscheidende Änderung ergeben. Die **steigende Arbeitslosigkeit** hat das Reich genötigt, der Reichs-anstalt aus Kassensmitteln Darlehen von mehr als 100 Mil-lionen zu geben. Sie wird im nächsten Winter auch bei nor-maler Arbeitslosigkeit mindestens 150 Millionen vom Reich entleihen müssen. Reichsregierung und Reichsrat haben es für notwendig gehalten, daß das 150-Millionen-Darlehen in den außerordentlichen Haushalt eingepflegt und die bei der In-validenversicherung aufgenommene Anleihe hierfür verwandt wird. **Der außerordentliche Haushalt hat mithin im Reichs-rat eine vollständige Umgestaltung erfahren.**

Das Gleicheleiden der realen Ausgaben ist der charaktteri-stische Punkt des neuen Haushalts. Mit dem Nachtragshaus-halt ergab sich insgesamt eine Verfallschuldung um 797,1 Mil-lionen Reichsmark. Die Ansätze für die Einkommensteuer, Kör-persteuerversteuerung und Umsatzsteuer lassen die in der Wirtschaft zur Zeit drohende empfindliche Gefahr besonderer Krisen be-wußt außer Betracht. Der Ansatz für die Zölle steht dagegen eine weniger gute Ernte voraus. Eine sichere Deckung ist das nicht. Es handelt sich trotz der hohen neuen Steuern nur um eine **vorläufige Balance mit der Gefahr eines Fehlbetrages.** Die Steuervorlagen wurden mit Mehrheit angenommen. **Der Erfolg durch die Umsatzsteuer abgelehnt.** Die Senkung der **Einkommensteuer** für mittlere Einkommen wurde als für den einzelnen wenig fühlbar, aber fiskalisch einschneidend abge-lehnt. Die **Kürzung der Überweisung** an die Länder und Gemein-den wird von den Ländern besonders schwer empfunden. Es wird in Wahrheit ein dem Reich drohendes Defizit auf die Länder abgewälzt. Das Problem des Finanzausgleichs muß tiefer angefaßt werden, als es durch eine ersatzlose mecha-nische Kürzung geschieht.

1929 wird mit Recht als **Notjahr** bezeichnet. Im Bereich realer Möglichkeiten gibt es für die nächsten Jahre nur eine mögliche Entlastung, d. h. die **Senkung der Reparationslast** und die **Räumung des besetzten Gebiets.**

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding gab im Namen der Reichsregierung die Erklärung ab, daß sich die Regierung mit dem Vorschlag der Reichsratsausschüsse in einigen Punkten nicht einverstanden erkläre und dort **Doppelvorlagen** machen werde. Vor allem richte sich der Widerspruch der Reichsregie-rung gegen die Ausfüllung des Vertriebs über die **Diltsche** mit 25 Millionen Reichsmark. Reichswehrminister **Grüner** be-dauert die vorgeschlagenen Streichungen an den **Reiseaus-gaben.**

Ein Antrag Bayerns, die Deckung des Fehlbetrags des Reichshaushalts allein durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 v. H. vorzunehmen, wird mit 48 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die **Ausführungsvorlage** über die Änderung des **Bier-steuergesetzes** wurde mit 41 gegen 27 Stimmen angenommen. Ebenso wurde mit großer Mehrheit die **Ausführungsvorlage zum Brauntweinmonopol** angenommen. Hierbei gab auf Wunsch der badischen Regierung der Präsident der Reichsmonopolver-waltung die Zusage, daß den **kleinen Brennereien** Erleichterun-gen gewährt werden sollen.

Ferner wurde angenommen der Entwurf des Ausschusses zur Änderung der **Erbschaftsteuer** mit 38 gegen 30 Stim-men. Der Regierungsentwurf über die **Senkung des Einkom-mensteuertarifs** bei den mittleren Einkommen wurde, abgesehen von einigen nebenwärtigen Bestimmungen, abgelehnt. Nach-dem dann noch ein bayerischer Antrag auf **Streichung des Vermögenssteuereinzugs** mit 43 gegen 26 Stimmen abgelehnt worden war, stellte der Reichsfinanzminister fest, daß damit der **Haushalt vom Reichsrat angenommen** worden ist.

Stürmische Landtagsstimmungen

In der Eröffnungsitzung des Hessischen Landtags kam es am Dienstag zwischen den Kommunisten und dem Präsidenten zu einem scharfen Zusammenstoß, weil dieser die **kom-munistischen Erwerbslosenanstrengungen** nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Der Präsident schlug vor, die **Erwerbslosen-anstrebungen** auf die Tagesordnung vom Mittwoch zu setzen. Hier-gegen wurde von den Kommunisten Einspruch erhoben. Der Dringlichkeitsantrag wurde jedoch abgelehnt. Infolgedessen erhob sich auf den Tribünen ein ungeheurer Lärm, und die Abgeordneten wurden in Zurscheln gebracht. Der Präsident unterbrach die Sitzung und ließ die Tribünen, auf denen sich zahlreiche Erwerbslose befanden, räumen. Die Erwerbslosen rodeten sich dann vor dem Landtagsgebäude zusammen, so daß die **Verkehrspolizei** Ordnung schaffen mußte.

Im **Preussischen Landtag** wurde am Dienstag ein deut-schnationaler Mißtrauensantrag gegen den Innenminister ab-gelehnt. Ein **Flageninitiativgesetz** wurde in dritter Lesung angenommen. Dabei kam es zu einem erregten Zwischenfall. Das Gesetz will die Beflaggung der kommunalen Dienstge-bäude sowie die Beflaggung der öffentlich-rechtlichen Kör-perschaften mit Ausnahme der Kirchen in den staatlichen An-ordnungsbereich einbeziehen. In einer sehr scharfen Polemik gegen dieses Gesetz sprach der deutschnationalen Abg. **Steuer** schließlich vom **Revolutionsgesindel von 1918** usw. Zumul-tarische Szenen folgten ein; insbesondere Sozialdemokraten und Kommunisten drangen gegen das Rednerpult vor und schrien: **„Aus mit dem Burtschen!“**. Tätlichkeiten wurden nur dadurch vermieden, daß Präsident Bartels seinen Stuhl verließ und damit das Zeichen zur Unterbrechung der Sit-zung gab.

Über das **Volksbegehren des Stahlhelms** sprach in München der Führer dieser Organisation, Franz Seidte. Das Volks-begehren sei auf eine möglichst einfache Form gebracht und enthalte nur zwei Forderungen, nämlich eine Verstärkung der Befugnisse des Reichspräsidenten und die Aufhebung der Im-munität der Abgeordneten bei Vergehen des Landesverrats. Der Reichspräsident soll sein Kabinett selbst zusammenstellen oder entlassen können.

Die **Einfuhrbeschränkung für amerikanische Getreide**. Die Geltungsdauer der Verordnung über die Einfuhr von Getreide aus den Vereinigten Staaten ist bis zum 31. Mai 1929 ver-längert worden.

Der **deutsche Bierverbrauch**. Die im deutschen Zollgebiet ver-steuerten Biermengen sowie die steuerfrei gelassenen Mengen betragen im letzten Vierteljahr 1928 12 006 000 Hektoliter gegen 11 586 000 Hektoliter im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. 97,1 Proz. waren Vollbier, 1,7 Proz. Einfachbier und 0,2 Proz. Starbier.

Trauerfeier für Wilhelm von Bode. Im Kaiser-Wilhelm-Museum zu Berlin fand Dienstag mittag eine Trauerfeier für den verstorbenen Wilhelm von Bode statt.

Badischer Teil

Badische Verfassungsfeier

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der badischen Ver-fassung wird am Donnerstag, den 21. März 1929, abends 8 Uhr, in Karlsruhe, im großen Festsaal, unter Mitwir-kung des Badischen Landestheaterdirektors (Leitung: Gene-ralmusikdirektor Josef Krips) eine öffentliche Feier stattfinden, bei der Landtagspräsident Dr. Baumgartner die Festansprache halten wird.

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

beschäftigte sich am Dienstag vorwiegend mit den **Zollanträ-gen des Zentrums** zugunsten der Landwirtschaft, deren Be-ratung kürzlich vertagt worden war. Sie werden begründet mit der Notlage der Landwirtschaft und mit dem Hinweis auf die Stellungnahme der Regierung bei den kommenden Reichsratsverhandlungen. Von **sozialdemokratischer** Seite wurden die Anträge aus grundsätzlichen Erwägungen abge-lehnt.

Ein **Zentrumsabgeordneter** erklärte zur Begründung des Antrages auf günstigere Viehzölle, die Agrarkrise habe ihre Hauptursache in den niedrigen Preisen für Vieh und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse. Auch sei der Absatz von Vieh viel zu schleppend. — Der **Fleischzollantrag** wurde mit allen gegen 4 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Weiter behandelte der Ausschuß den **Zentrumsantrag** auf einen höheren **Zuckerzoll**. Zur Begründung wird ausgeführt, daß die Zollserhöhung namentlich im Interesse der Landwirt-schaft des badischen Unterlandes liege und eine Steigerung des Verkaufspreises nach Lage der Verhältnisse ausgeschlos-sen sei. — Der Antrag fand gegen die Sozialdemokraten An-nahme, bei Stimmenthaltung der Demokraten.

Das Zentrum beantragt schließlich eine günstigere Fest-setzung der **Zollsätze für Weizen, Roggen und Safer**, und verlangt außerdem, daß die Reichsregierung auf eine stärkere Verwendung inländischen Getreides bei den deutschen Mühlen hinwirken solle. Wie aus dem Bericht des Abg. **Wef-fing** hervorgeht, wird die Hälfte des in Deutschland zur Ver-mahlung kommenden Weizens mit 25 Millionen Doppelzent-ner aus dem Auslande eingeführt.

An der Aussprache beteiligten sich die Vertreter aller Par-teien. Es kam zum Ausdruck, daß infolge der völlig unzu-länglichen Preise der **Getreidebau** im Vergleich zur Vorkriegs-zeit gänzlich unrentabel geworden sei. Bei einer Steigerung der Produktionskosten um mindestens 60 bis 70 Prozent seien die Getreideverlustrisiken gegenüber der Vorkriegszeit ungefähr die gleichen geblieben. Dabei ist die Getreidepro-duktion gewissermaßen das Rückgrat der deutschen Landwirt-schaft; auch in verschiedenen Gegenden Badens spielt er heute noch eine ausschlaggebende Rolle.

Schließlich wurde auch dieser Antrag des Zentrums mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

40jähriges Dienstjubiläum

Einer der verdienstlichsten badischen Schulmänner, Ministerial-rat Dr. phil. h. c. **Kunzer**, der bis zu seiner Berufung ins Ministerium im Jahre 1914 an verschiedenen badischen Gym-nasien mit Erfolg gewirkt hat, konnte auf eine 40jährige Tä-tigkeit im Staatsdienste zurückblicken. Er ist Referent für die Gymnasien unseres Landes und beratend tätig. Leiter der Ministerialabteilung für Körperpflege und Leibesübungen. Ein besonderes Verdienst hat sich Dr. Kunzer durch die Erich-tung der altphilologischen Fortbildungskurse in Meersburg er-worben, wie ihm auch die Gründung der deutsch-griechischen Gesellschaft in Karlsruhe zu verdanken ist, deren Leitung er lange Jahre inne hatte.

Aus der badischen Landwirtschaft

Zum dritten Bauerntag in Raastatt

versammelten sich am Samstag über 800 Bauern, um zu den lebensnotwendigen Fragen der Landwirtschaft Stellung zu nehmen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Güterdirektor **Buh**, Raastatt, nahm zum wichtigsten Referat der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Graf **Douglas**, das Wort. Er hielt einen für die Versammelten überaus lehr-reichen Vortrag über die zukünftige Gestaltung der **Milch-wirtschaft** in Baden. Im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms, so führte der Redner u. a. aus, sei auch jetzt ein Betrag von 8 Millionen Reichsmark für die milchwirt-schaftlichen Belange zur Verfügung gestellt worden. Nachdem jetzt auch durch die Gewährung einer jährlichen Hilfe von 20 Millionen Reichsmark für die nächsten fünf Jahre für die Landwirtschaft Mittel zur Verfügung ständen, müsse nunmehr darauf gegangen werden, in der Landwirtschaft aktiv zu reor-ganisieren. Die badische Landwirtschaft sei über 500 Millionen Reichsmark jährlich ausländische Milch zu importieren. Dieser Milchimport werde überflüssig, wenn die deutsche Land-wirtschaft sich auf dem Gebiete der Milchwirtschaft zweckmäßig organisiere. Als Grundlage müsse die **Genossenschaft** dienen. Sie allein wird in der Lage sein, alle Mißstände zu beseitigen. Heute könnten beispielsweise nur 25 Proz. der Milchproduktion Abnahme finden, während 75 Proz. weiter verarbeitet werden. Die Verarbeitung andererseits sei in Deutschland zur Zeit durchaus nicht auf der Höhe. Daraus erkläre sich auch der **Import ausländischer Milchprodukte**. Hier liege für die deut-sche Landwirtschaft die zweite große Aufgabe: Die Qualitäts-verbesserungen unserer Milchproduktion. Der deutsche Kon-sument wird dann auch deutsche Ware gern kaufen. Die Ausbildung erflügelter Kaufmännischer und technischer Ar-beitskräfte sei hierbei die wichtigste Voraussetzung. Ein wich-tiger Schritt zur Verbesserung der Milchwirtschaft in Baden bedeutet die beabsichtigte Schaffung von **großen Volckeren** in Offenburg, Baden-Baden und Freiburg. Groß sei die Ar-beit, so schloß der Redner, aber wir werden sie leisten, weil wir sie leisten müssen.

Nach einem Referat des Generaldirektors Dr. **Schworer**, Freiburg, über die bevölkerungspolitische Bedeutung des Bauernstandes sprach Güterdirektor **Buh** über die Mittel zur Linderung der Notlage in der Landwirtschaft des Raastatter Bezirkes.

Die Tagung nahm ihr Ende mit einer eingehenden Dis-kussion.

Ausgezeichnete Qualitäten der Kaiserlicher Weine. Am Freitag fand in Jhringen unter sehr zahlreicher Beteiligung (222 Nummern) die Weinprämierung des Kaiserlicher Wein-bauvereins statt. Die Qualitäten waren durchweg vorzüglich. Es konnten über 60 erste Preise verteilt werden.